

Redaktion u. Expedition:
Berlin SW 68, Lindenstr. 8
Tel. A7 Dönhofs 292-297

Er scheint täglich außer Sonntags
zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 2,25 M. pro
Monat (banon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus)
im voraus zahlbar. Postbezug 2,97 M. einschließlich
60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbefreiungsbühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Einzelgenpreis:
Die 1932. Jahrgang
mit 205 Hefen
Die Restausgabe
kostet 2 Mark.
Wabotte u. Kartf.



Der Empfang bei Hindenburg

Reichstagspräsidium beim Reichspräsidenten / Graef contra Göring!

Der Reichspräsident empfing heute um 11.30 Uhr das Reichstagspräsidium, den Reichstagspräsidenten Göring, die Vizepräsidenten Esser, Graf und Rauch. Der Empfang dauerte ungefähr 20 Minuten. Es nahm im übrigen nur noch der Staatssekretär des Reichspräsidenten Dr. Meißner daran teil.

Zunächst wurden die Herren dem Reichspräsidenten vorgestellt und die üblichen Höflichkeiten gewechselt. Der Reichstagspräsident Göring begann dann auf die politische Lage einzugehen, wogegen der Reichstagsvizepräsident Graf sofort Einspruch erhob, da es nicht üblich sei, bei diesem formalen Besuch politische Dinge zu besprechen.

Trotzdem entwickelte sich eine politische Aussprache, bei der die drei anderen Herren den Reichspräsidenten darauf hinwiesen, daß für den Reichspräsidenten die Möglichkeit bestehe, mit dem Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zusammenzuarbeiten. Sie äußerten zum Schluß den Wunsch und die Bitte, daß der Reichspräsident, bevor er irgendwelche Entscheidungen trafe, doch nochmals mit den Führern der großen Parteien Rücksprache nehme.

Der Reichspräsident hat sich seine Entscheidung vorbehalten.

Amlich wird über den Empfang nur mitgeteilt, daß Präsident Göring die drei Vizepräsidenten vorgestellt, der Reichspräsident für den Besuch gedankt und den Herren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgaben ausgesprochen hat, woran sich eine kurze Aussprache über die politische Lage angeschlossen. Der Besuch hat nach den Beobachtungen der zahlreichen Leute auf der Straße gegenüber der Reichstagskanzlei etwa 7 Minuten, nach offizieller Angabe etwa 20 Minuten gedauert.

Wie aus der obigen Meldung zu ersehen ist, hat der Besuch des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten nur sehr kurze Zeit gedauert.

Bei der Rückkehr der Herren in den Reichstag fiel es auf, daß sich der Vizepräsident Graef nicht mehr in jener Gesellschaft befand, sondern allein das Haus betrat. Er beteiligte sich auch nicht an der Besprechung, die im Anschluß an den Besuch des Präsidiums beim Reichspräsidenten im Zimmer des Reichstagspräsidenten Göring stattfand.

Dieser Besprechung folgte die Abfassung einer Darstellung über den Verlauf des Empfanges bei Herrn von Hindenburg. An ihr nahm auch der Rundfunkkommissar Dr. Scholz teil. Es dauerte sehr lange, bis die Herren Göring, Esser und Rauch sich über das von ihnen zu veröffentlichende Communiqué einig wurden. Zuletzt war noch der nationalsozialistische Fraktionsführer Dr. Fried zu den Verhandlungen des Rumpfpräsidiums erschienen.

Eine neue Version über die Entwicklung der nächsten Tage im Reichstag will wissen, daß es jetzt nicht zur Auflösung kommen werde, sondern daß eher vor den Abstimmungen über die Mißtrauens- und Aufhebungsanträge eine Vertagung in der Form eintreten werde, daß dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt wird, die nächste Sitzung einzuberufen. Es wird behauptet, daß die Hafentruer, die jetzt eine Möglichkeit sehen für einen Erfolg der Verhandlungen mit dem Zentrum, die Weiterführung dieser Verhandlungen nicht durch Auflösung und Wahlkampf stören wollen. Ein Erfolg dieser Verhandlungen gebe ihnen schließlich die Aussicht, an die Macht zu gelangen, und für diesen Preis will die Nazisführung schon auch eine

weitere Tolerierung der Regierung Papen auf sich nehmen.

Dabei spielen sie sich nicht nur auf die „Wächter der Verfassung“, sondern auch auf die „Retter der deutschen Sozialpolitik“ hinaus und behaupten, daß das Echo der antisozialpolitischen Maßnahmen der Papen-Regierung eine Sinnesänderung beim Reichspräsidenten erzeugt habe.

Demgegenüber wiederholt man offiziell, daß die gestrige Besprechung des Reichspräsidenten mit dem Reichskanzler die „volle Einmütigkeit von Reuders“ aufs neue bestätigt habe und daß Reichskanzler von Papen nach wie vor das volle Vertrauen des Reichspräsidenten von Hindenburg besitze.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos überreichte dem Staatspräsidenten sein Rücktrittsgesuch, doch lehnte der Staatspräsident die Annahme des Gesuches ab. Die Regierung verbietet im Amt.

Der Schloßherr von Pomedien

Beschützer von Bombenwerfern und Mordgesellen

Die Verhaftung des Rittergutsbesizers von Pomedien auf Pomedien im ostpreussischen Kreise Tapiau hat begrifflicherweise Aufsehen erregt. Nicht nur, weil hier die Staatsanwaltschaft ohne Rücksicht auf die „soziale Stellung“ des Herrn Junkers zugegriffen hat, sondern auch weil die Verhaftung einen besonderen Blick freilegt in die Hintergründe der nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei.

Der verhaftete Rittergutsbesitzer betätigt sich seit längerer Zeit nationalsozialistisch. Seine Verhaftung erfolgte, weil er Nazi-verbrechern, die seinerzeit an den Angriffen auf das Leben mehrerer politischer Persönlichkeiten und an den Bombenattentaten auf das sozialdemokratische Königsberger Blatt beteiligt waren, nach vollbrachter Tat und nach der Flucht Unterschlupf gewährt haben soll. Die Polizei war noch einer ganzen Reihe anderer an den Königsberger Vorgängen mittelbar und unmittelbar beteiligter Personen, in der hauptsächlich nationalsozialistischen, auf der Spur. Durch die vorliegende Veröffentlichung des Königsberger kommunistischen Organs in einem Extrablatt wurden die Täter jedoch gewarnt. Sie sind inzwischen auf Danziger Gebiet geflüchtet.

Der Vater des verhafteten Rittergutsbesizers hatte sich vor Jahren einen Namen als Musterlandwirt und Züchter gemacht. Seine beiden Söhne, darunter der jetzt in Haft genommene, gehörten früher dem Stahlhelm an und haben sich dann den Nazis angeschlossen. Seitdem gelten ihre Güter Langendorf und Pomedien als ein Zentrum der nationalsozialistischen Agitation. Gleichzeitig verschärften sich aber auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf diesen ehemaligen Musterbetrieben ganz erheblich.

Weitere Verhaftungen.

Osterode (Ostpreußen), 9. September.

Im Zusammenhang mit den zahlreichen Bomben- und sonstigen Anschlägen namentlich in Südostpreußen wurden drei hiesige Nationalsozialisten festgenommen. Sie sollen vom Heldenfriedhof in Droebnik im Kreise Osterode drei dort aufgestellte alte 15-Zentimeter-Granaten gestohlen und bei einem Anschlag auf ein Osteroder Kaufhaus am 9. August verwendet haben.

England für Abrüstungskompromiß?

Theoretische Gleichberechtigung ohne Aufrüstung Deutschlands

Paris, 9. September. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Herriot hält am Sonntag in Meaux bei einer Gedenkfeier für die erste Marne-Schlacht eine große politische Rede, in der er, wie die Blätter ankündigen, auch über die schwebenden außenpolitischen Fragen und ihre Lösungen zum Besten der Sicherheit Frankreichs und der Zukunft des Friedens sprechen werde. Man wird dabei wohl zum erstenmal näheres über die Stellungnahme der französischen Regierung zu der deutschen Militärschrift erfahren. Vorausichtlich wird sich die französische Antwort

bis zur nächsten Woche verzögern.

Die englische Regierung hat sich nämlich vorläufig noch nicht zu einer Gegenüberung dazu entschließen können, obwohl Herriot seinen Kabinettschef Marcel Ray in besonderer Mission nach London geschickt hat.

Der Quai d'Orsay sieht sich am Freitag genötigt, eine Erklärung zu erlassen, worin er ausdrücklich betont, daß England für die französische Antwort an Deutschland keinerlei Mitverantwortung trage. Diese Erklärung sei dadurch veranlaßt, erklärt

das „Echo de Paris“, daß England mit Frankreich keineswegs durch dick und dünn zu gehen wünsche. MacDonald in Person sei es gewesen, der den Reichskanzler noch in Lausanne ermutigt habe, die Frage der Gleichberechtigung aufzurufen. Natürlich sei England nicht gefonnen, eine Wiederaufrüstung Deutschlands zuzulassen, aber es schlage folgende Kompromißlösung vor:

Das Prinzip der Gleichberechtigung wird Deutschland zuerkannt, die Reichsregierung verpflichtet sich aber, aus dieser Anerkennung keine praktischen Folgerungen zu ziehen und keinerlei Erhöhung der Rüstungen vorzunehmen; die ehemaligen alliierten Mächte, Frankreich in erster Linie, verpflichten sich, greifbare Abrüstungsmaßnahmen im Sinne des Hoover-Plans durchzuführen, so hauptsächlich eine Herabsetzung ihrer stehenden Heere um ein Drittel, und zwischen den vertragsschließenden Mächten soll ein allgemeiner Sicherheitspakt abgeschlossen werden.

England hoffe, so schließt das „Echo de Paris“, bei dieser Gelegenheit endlich bei Frankreich die Abschaffung der U-Boote durchsetzen zu können.

Papen-Kausch verflogen!

Die Börse ist „verstimmt“.

Die Börse ist verstimmt, die Spekulation gibt ab — die Kurse weichen! Der Papen-Kausch scheint an der Börse verflogen zu sein. Die heutige Börse war ausgesprochen matt, man sieht die innenpolitischen Entscheidungen, besonders die Frage der Reichstagsauflösung, mit gemischten Gefühlen an. In der schönen Suppe der Steuergeschenke hat man durch die wachsende Kritik auch in der bürgerlichen Presse anscheinend ein Haar gefunden.

Jedenfalls ist die Spekulation schon mehr nach unten geneigt und gibt ab. Das Geschäft war sehr uneinheitlich, und da die großen Kundenaufträge fehlen, eröffnete die Börse ihre Kursnotierungen nun gleich mit 3 bis 5 Prozent unter den gestrigen Schlusskursen.

V. G. Farben war mit 102% um mehr als 3 Prozent niedriger als gestern und verschlechterte seinen Kurs noch auf 102%. Siemens eröffnete mit 138% rund 5 Prozent niedriger und verlor bis auf

138. Montanwerte waren etwas besser gehalten. Auch bei den Festverzinslichen ergaben sich Kursrückgänge von 1 bis 2 Prozent.

Die Verleumdungs-Schlange.

Eine Erklärung der verfassungsmäßigen Staatsminister.

Seitdem die verfassungsmäßige preussische Regierung gewaltfam an der Ausübung ihrer Pflichten gehindert worden, geht eine Welle neuer Verleumdungen über das Land, ohne daß die Regierung der Kommissare dagegen etwas unternimmt. Unter anderem wird versucht, der preussischen Regierung die Verwendung von Staatsmitteln zu parteipolitischen Zwecken nachzureden und man gibt sich dabei den Anschein, als stände den Verleumdern amtliches Material dafür zur Verfügung.

Hierzu wird nun von der Seite der bisherigen verfassungsmäßigen Staatsminister folgendes erklärt:

„In der „Berliner Börsenzeitung“ vom 6. September und den folgenden Tagen sind Angaben des Inhalts veröffentlicht, daß

